

3417 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates

B e r i c h t
des Wirtschaftsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. Dezember 1987 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetz 1982 geändert wird

Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß sollen die Bestimmungen des Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetzes 1982 an die Nomenklatur des Übereinkommens über das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Kodierung der Waren und die damit verbundene Umstellung der österreichischen Zolltarifnummern angepaßt werden. Gleichzeitig soll durch die Novellierung eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingung für die mit Bundeshaftung ausgestatteten behördlich genehmigten Lagerhalter erfolgen, und zwar durch die Einführung einer Bestimmung, wonach ein bestimmter Prozentsatz der Vorratspflicht an einen mit Bundeshaftung ausgestatteten behördlich genehmigten Lagerhalter zu überbinden ist. Darüber hinaus erfolgte eine generelle Änderung der Bezeichnung "Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie" in "Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten", womit der Novelle zum Bundesministeriengesetz, BGBl. Nr. 78/1987, Rechnung getragen wurde.

Das Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst - hat darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des Artikels I des vorliegenden Gesetzesbeschlusses der Zustimmung des Bundesrates gemäß Artikel 44 Abs. 2 B-VG bedürfen.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 21. Dezember 1987 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

1. Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. Dezember 1987 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Erdöl-Bevorratungs- und Meldegesetz 1982 geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.
2. Den Bestimmungen des Artikels I des vorliegenden Gesetzesbeschlusses wird im Sinne des Artikels 44 Abs. 2 B-VG die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Wien, 1987 12 21

Dipl.-Kfm. Dr. P i s e c
Berichterstatte

Ing. M a d e r t h a n e r
Obmann